

Öffentliches Recht

**Polizei- und
Ordnungsrecht**

RA Dr. iur. Arne-Patrik Heinze, LL.M.
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht Nds: Schwerpunkte

Generalklausel (§ 11 SOG)

Standardmaßnahmen

Polizeipflichtigkeit

Verwaltungsvollstreckung

**Ersatzleistungen und
Kostenbescheide**

Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht NRW: Schwerpunkte

**Generalklauseln
(§ 8 I PolIG NRW; § 14 I OBG)**

Standardmaßnahmen

Polizeipflichtigkeit

Verwaltungsvollstreckung

**Ersatzleistungen und
Kostenbescheide**

Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht Bln/Bbg: Schwerpunkte

**Generalklausel
§ 17 I ASOG
(Bbg: §§ 10 PolG, 13 OBG)**

Standardmaßnahmen

Polizeiipflichtigkeit

Verwaltungsvollstreckung

**Ersatzleistungen und
Kostenbescheide**

Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht HH: Schwerpunkte

**Generalklausel
(§ 3 I SOG)**

Standardmaßnahmen

Polizeipflichtigkeit

Verwaltungsvollstreckung

**Ersatzleistungen und
Kostenbescheide**

Erfordernisstufen bei Verwaltungsakten

Rechtswidrigkeit
(z.B. §§ 113 I 1
VwGO, 48 I VwVfG)

Unanfechtbarkeit
(wenn keine
Rechtsmittel oder
Rechtsbehelfe mehr
möglich)

Wirksamkeit
(Gültigkeit);
Voraussetzung für
Existenz des VA
(Rechtsetzung)

Vollziehbarkeit (Voraussetzung
für Verwaltungszwang)

Unwirksamkeit VA

Aufhebung als spezielle Erledigung (§ 43 II, 1. Alt. VwVfG)

Behörde:

- **Rücknahme**
rw VA
(§ 48 VwVfG)
- **Widerruf**
rm VA
(§ 49 VwVfG)

Erledigung (§ 43 II, 2. Alt VwVfG)

Gericht:

erfolgreiche Anfechtungsklage (§ 113 I 1 VwGO)

Nichtigkeit (§§ 43 III, 44 VwVfG)

- *Absoluter Nichtigkeitsgrund* (§ 44 II VwVfG)
- *Ausschluss der Nichtigkeit* (§ 44 III VwVfG)
- *Generalklausel* (§ 44 I VwVfG)
→ schwerwiegender und offensichtlicher Fehler

Gefahrenbegriff

Konkrete Gefahr

- Sachlage, die im **Einzel-fall**
- tatsächlich oder jedenfalls **aus der (ex ante) Sicht** des handelnden Amtswalters bei verständiger Würdigung
- in **naher Zukunft**
- die **hinreichende Wahrscheinlichkeit**
- eines Schadens (**öff. Sicherheit oder Ordnung**) in sich birgt

Abstrakte Gefahr

Ermächtigt zu GefahrenabwehrVO

Dringende Gefahr

erhöhte Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts

Erhebliche Gefahr

Es droht besonders schwere Rechtsverletzung

Unmittelbare / gegenwärtige Gefahr

besondere zeitliche Nähe des drohenden Schadenseintritts

Gemeine Gefahr

unbestimmte Anzahl von Personen bedroht

Gefahr im Verzug

weiteres Abwarten würde die Effektivität der Gefahrenabwehr stark beeinträchtigen

Öffentliche Sicherheit

```
graph TD; A[Öffentliche Sicherheit] --> B[Öffentliche Rechtsordnung]; A --> C[Individualrechtsgüter]; A --> D[Staat und seine Einrichtungen];
```

Öffentliche Rechtsordnung

jedem Verstoß gegen öR Normen kann grds. mit der Generalklausel vorgebeugt werden

Individualrechtsgüter

Einschränkung 1:

Subsidiarität polizeilicher Maßnahmen beim Schutz privater Rechte

Einschränkung 2:

> eigenverantwortliche Selbstgefährdung?
> Gegen den Willen den Rechtsgutsinhabers?

Staat und seine Einrichtungen

Öffentliche Ordnung

Definition

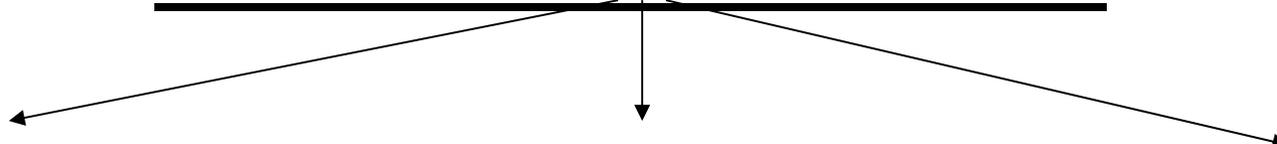
Ungeschriebene Regeln, deren Befolgung nach den jeweils herrschenden sozialen und ethischen Anschauungen als unentbehrliche Voraussetzung für ein gedeihliches Miteinanderleben der innerhalb eines Ordnungsbereiches wohnenden Menschen angesehen wird

Bsp., bei denen Gefahr für öff. Ordnung diskutiert wurde

- Laserdrome
- Aggressives Betteln
- Obdachlosigkeit
- Neonazis
- Achtung: nach HM auch diese Fälle alle unter die öffentliche Sicherheit subsumierbar (Schutz Grundrechte Dritter)

P: öff. Ordnung zu unbestimmt (mit Art. 20 III GG kaum vereinbar) > jedenfalls Reduktion des Anwendungsbereiches)

Anschein - Schein - Gefahr



Anscheinsgefahr

- **ex ante** Sicht: durchschnittlicher gewissenhafter Polizist dürfte von drohendem Schadenseintritt ausgehen (subj. bei obj. Betrachtung)
- **ex post**: Schaden drohte nicht
- wichtig: Anscheinsgefahr ist echte Gefahr

Scheingefahr

- Nur objektivierte ex ante-Sicht: keine Schadenswahrscheinlichkeit
- Polizeibeamte geht dennoch von einer Gefahr aus (Fehleinschätzung)
- wichtig: Scheingefahr ist keine echte Gefahr

Gefahrenverdacht

- Anhaltspunkte deuten auf Gefahr hin
- Schadenseintritt ist nicht **hinreichend wahrscheinlich**
- Wichtig: Gefahrenverdacht keine Gefahr i.e.S.
- hM: zumindest zu **Gefahrerforschungseingriffe erlaubt**
- vgl. gesetzlichen Fall: § 9 BBodSchG

Anscheins-/Putativgefahr



Anscheinsgefahr

- **ex ante** Sicht: Gefahr
- **Sonderfall: Gefahrenverdacht**
(schon zum Zeitpunkt des Einschreitens Gefahr unklar)

Putativgefahr (Scheingefahr)

- objektivierte ex ante-Sicht:
keine Schadenswahrscheinlichkeit

Gestuftes Entscheidungsprogramm

```
graph TD; A[Gestuftes Entscheidungsprogramm] --> B[Ge-/Verbotsverfügung (1. Stufe), so dass Pflichtiger tätig wird]; A --> C[Sofortmaßnahme (2. Stufe), so dass Selbstvornahme der Verwaltung]; A --> D[Heranziehung Dritter (3. Stufe; Notstandspflichtiger)]; A --> E[Auferlegung einer Nichtstörerpflicht (Gesetzgeber)];
```

Auferlegung einer Nichtstörerpflicht (Gesetzgeber)

Heranziehung Dritter (3. Stufe; Notstandspflichtiger)

Ge-/Verbotsverfügung (1. Stufe), so dass Pflichtiger tätig wird

Sofortmaßnahme (2. Stufe), so dass Selbstvornahme der Verwaltung

Mittelbarer Verursacher

„Unmittelbarkeit der Ursache“

> von Beginn erhöhte
Gefahrentendenz

„Rechtswidrigkeit der Ursache“

> wenn Beitrag von Beginn
„über die von der
Rechtsordnung gesetzten
Schranken hinausgeht
> Problem: Bestimmung der Rw
> z.B. Altgenehmigungen

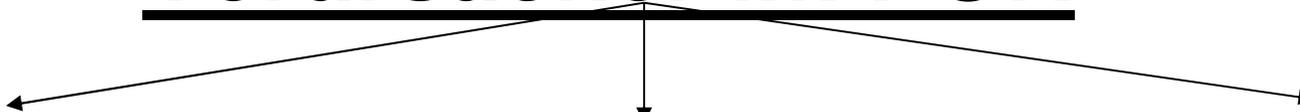
Zweckveranlasser

(str.: obj oder auch
subj.; HM auch subj., da
verfassungskonforme
Auslegung)

Latenter Störer

(Risiko späterer Störung
bei Vornahme der
Erstursache absehbar)

Verursacher im POR



Rechtswidrige Verursachung

- nur rw Verhalten kausal für Gefahr/Störung sein
- Bsp.: kündigender Vermieter (nach BGB): kein Handlungsstörer bzgl. Obdachlosigkeit
- Kritik: zu eng

Sozialinadäquate Verursachung

- nur sozialinadäquates Verhalten kausal für Gefahr/Störung
- Kritik: zu unbestimmt

Unmittelbare Verursachung

- Verhalten nur ursächlich, wenn es für sich gesehen die polizeirechtliche Gefahrenschwelle überschreitet und dadurch die hinreichende Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts begründet oder erhöht
- Bedarf oft normativer Korrektur

Zweckveranlasser



zwischen Veranlassung und dem die Gefahr unmittelbar herbeiführenden Verhalten besteht so enger innerer Zusammenhang, dass die Gefahr dem Veranlasser zurechenbar ist (→ wie Störer zu behandeln)

Subjektiver Zweckveranlasser

>Veranlasser nimmt es zumindest billigend in Kauf, dass sein Verhalten eine spätere unmittelbare Gefahrenverursachung provoziert

Objektiver Zweckveranlasser

>Es ist typischerweise damit zu rechnen, dass das Verhalten des Veranlassers ein anderes Verhalten provoziert, das seinerseits zur Gefahr führt

>bei verfassungskonformer Auslegung der Störerregeln reicht objektive Zweckveranlassung nicht für Polizeipflicht, wenn der Zweckveranlasser GR ausübt; Bsp.: Veranstalter einer Versammlung ist nicht für Ausschreitungen Einzelner verantwortlich

Störerprobleme

Latenter Störer

> Verhalten zunächst gefahrlos, bis Umstände hinzutreten, die außerhalb der Sphäre des latenten Störers

> Bsp.: Schweinemäster, der Betrieb führt, ohne zu stören, bis Wohnbebauung in Anlagennähe gelangt

Anscheinsstörer

> ex-ante: Störer
> Achtung: kein zwingender Zusammenhang mit Anscheinsgefahr: auch Anscheinsstörer, wer „wirkliche“ Gefahr nur ex-ante verursacht hat (faktisch aber ein anderer)
> Anscheinsstörer:
-Primärebene echter Störer(HM); Sekundärebene Notstandsentschädigung analog, wenn Anschein unzurechenbar

Scheinstörer

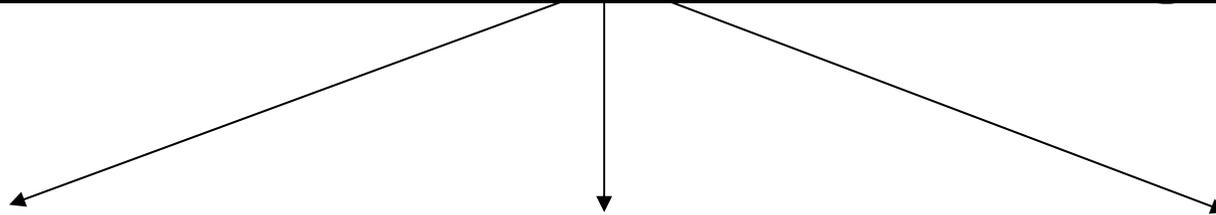
> aus verobjektivierter ex-ante-Sicht kein Verursacher (Fehleinschätzung der Behörde)

> Scheinstörer ist kein Störer

Verdachtsstörer

> Person, die der Verursachung einer wirklichen Gefahr verdächtig ist oder Person, die Gefahrenverdacht verursacht
> Ähnlicher Streitstand wie bei Gefahrenverdacht

Generalklausel - Rechtsfolge



Entschließungs- ermessen

- Ermessen, ob Einschreiten gegen Gefahr oder Störung
- **Opportunitätsprinzip**
- Dagegen: **Legalitätsprinzip** in der Strafverfolgung (§§ 152 II, 160 I, 170 I StPO); „zero tolerance“ – (amerikanisch)

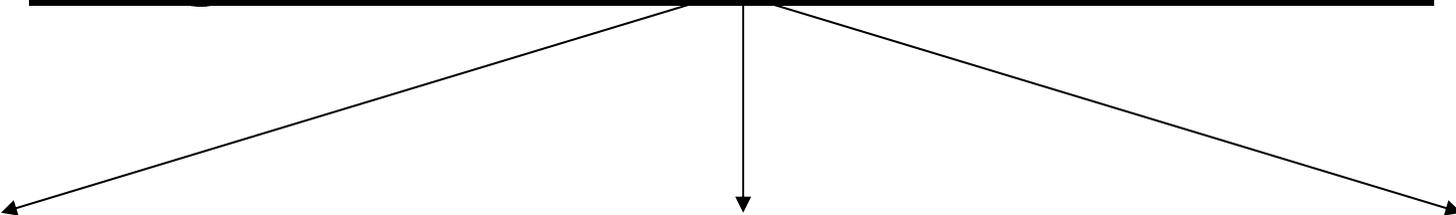
Auswahlermessen bzgl. Maßnahme

- Insbesondere Verhältnismäßigkeit
- Beachte spezielle Ausgestaltungen in den Gefahrenabwehrgesetzen

Auswahlermessen bzgl. Adressaten

- Störerauswahl
- Leitgedanke: **Effektivität der Gefahrenabwehr**; erst nachrangig: Maß der Verantwortlichkeit der einzelnen Störer

Folgen der Polizeipflicht Berlin

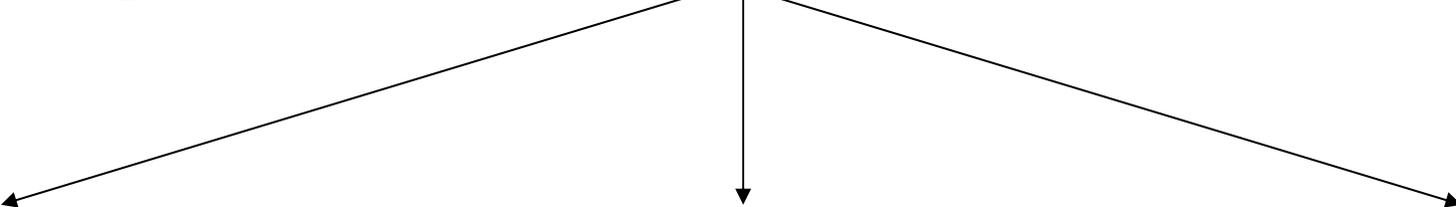


Störer kann Adres-
sat von Handlungs-,
Duldungs- oder Un-
terlassungsverfü-
gungen sein

Störer muss erforder-
liche Maßnahmen
grds. entschädi-
gungslos dulden (vgl.
§ 59 I Nr. 1, 2 ASOG)

Störer hat die Kosten
der Gefahrenabwehr
zu tragen (Beispiel:
§ 15 II ASOG)

Folgen der Polizeipflicht Hamburg

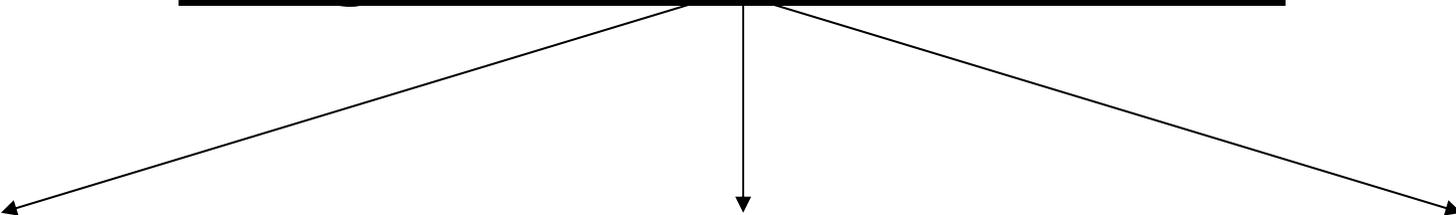


Störer kann Adressat von Handlungs-, Duldungs- oder Unterlassungsverfügungen sein

Störer muss erforderliche Maßnahmen grds. entschädigungslos dulden (vgl. § 10 III SOG)

Störer hat die Kosten der Gefahrenabwehr zu tragen (Bsp.: § 7 III SOG)

Folgen der Polizeipflicht



Störer kann Adressat von Handlungs-, Duldungs- oder Unterlassungsverfügungen sein

Störer muss erforderliche Maßnahmen grds. entschädigungslos dulden (vgl. § 80 I Nds. SOG)

Störer hat die Kosten der Gefahrenabwehr zu tragen (Beisp.: § 66 I 2 Nds. SOG)

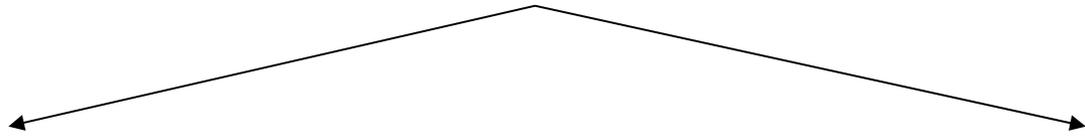
Folgen der Polizeipflicht NRW

Störer kann Adressat von Handlungs-, Duldungs- oder Unterlassungsverfügungen sein

Störer muss erforderliche Maßnahmen grds. entschädigungslos dulden (vgl. § 39 I OBG (iVm § 67 PoIG NRW))

Störer hat die Kosten der Gefahrenabwehr zu tragen (Bsp.: §§ 52 I 2 PoIG NRW iVm § 77 I 1 VwVG NW, § 46 III 1 PoIG NRW)

Standardmaßnahmen Bbg



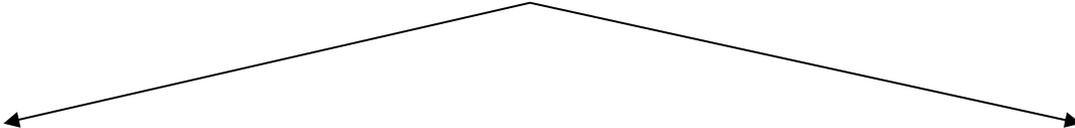
Befehlsermächtigungen

- ermächtigen nur zum Erlass eines VA
- Bsp.: Platzverweis gem. § 16 Bbg PolG; ermächtigt nur dazu dem Polizeipflichtigen zu befehlen, einen Ort zu verlassen bzw. nicht aufzusuchen; zwangsweise Entfernung der Person nur auf Basis des Vollstreckungsrechts

Ausführungsermächtigungen

- ermächtigen sowohl zu einer Anordnung (DuldungsVA) als auch zu tatsächlichen Ausführungshandlungen
- (str., inwieweit Vollstreckungshandlungen „gegen“ den Störerwillen gedeckt sind; abhängig vom Wortlaut der StandardM bzw. der Grundrechtsintensität)
- Bsp.: § 17 Bbg PolG (Gewahrsam) enthält Vollstreckungselemente

Standardmaßnahmen Berlin



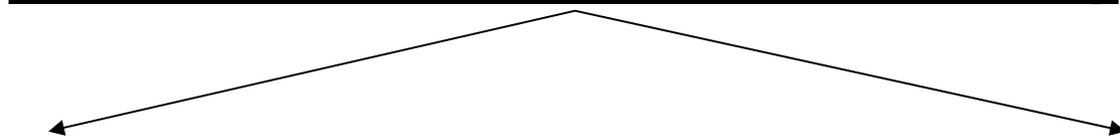
Befehlsermächtigungen

- ermächtigen nur zum Erlass eines VA
- Bsp.: Platzverweis gem. § 29 ASOG; ermächtigt nur dazu dem Polizeipflichtigen zu befehlen, einen Ort zu verlassen bzw. nicht aufzusuchen; zwangsweise Entfernung der Person nur auf Basis des Vollstreckungsrechts

Ausführungsermächtigungen

- ermächtigen sowohl zu einer Anordnung (DuldungsVA) als auch zu tatsächlichen Ausführungshandlungen
- (str., inwieweit Vollstreckungshandlungen „gegen“ den Störerwillen gedeckt sind; abhängig vom Wortlaut der StandardM bzw. der Grundrechtsintensität)
- Bsp.: § 30 ASOG (Gewahrsam) enthält Vollstreckungselemente

Standardmaßnahmen Hamburg



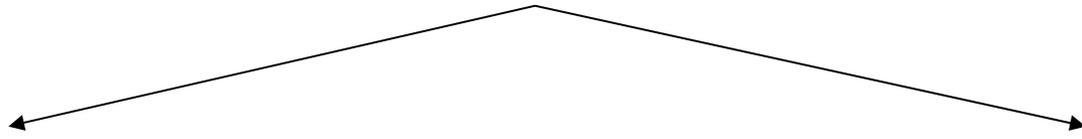
Befehlsermächtigungen

- ermächtigen nur zum Erlass eines VA
- Bsp.: Platzverweis gem. § 12a SOG; ermächtigt nur dazu dem Polizeipflichtigen zu befehlen, einen Ort zu verlassen bzw. nicht aufzusuchen; zwangsweise Entfernung der Person nur auf Basis des Vollstreckungsrechts

Ausführungsermächtigungen

- ermächtigen sowohl zu einer Anordnung (DuldungsVA) als auch zu tatsächlichen Ausführungshandlungen
- (str., inwieweit Vollstreckungshandlungen „gegen“ den Störerwillen gedeckt sind; abhängig vom Wortlaut der StandardM bzw. der Grundrechtsintensität)
- Bsp.: § 13 SOG (Gewahrsam) enthält Vollstreckungselemente

Standardmaßnahmen Nds.



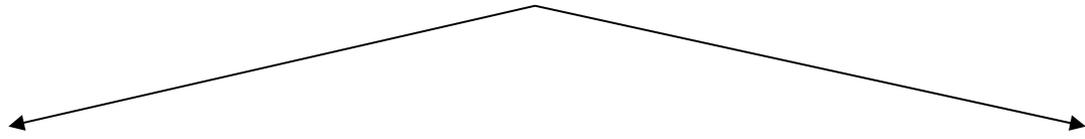
Befehlsermächtigungen

- ermächtigen nur zum Erlass eines VA
- Bsp.: Platzverweis gem. § 17 Nds. SOG; ermächtigt nur dazu dem Polizeipflichtigen zu befehlen, einen Ort zu verlassen bzw. nicht aufzusuchen; zwangsweise Entfernung der Person nur auf Basis des Vollstreckungsrechts

Ausführungsermächtigungen

- ermächtigen sowohl zu einer Anordnung (DuldungsVA) als auch zu tatsächlichen Ausführungshandlungen
- (str., inwieweit Vollstreckungshandlungen „gegen“ den Störerwillen gedeckt sind; abhängig vom Wortlaut der StandardM bzw. der Grundrechtsintensität)
- Bsp.: § 18 Nds. SOG (Gewahrsam) enthält Vollstreckungselemente

Standardmaßnahmen NRW



Befehlsermächtigungen

- ermächtigen nur zum Erlass eines VA
- Bsp.: Platzverweis gem. § 34 PolG NRW; ermächtigt nur dazu dem Polizeipflichtigen zu befehlen, einen Ort zu verlassen bzw. nicht aufzusuchen; zwangsweise Entfernung der Person nur auf Basis des Vollstreckungsrechts

Ausführungsermächtigungen

- ermächtigen sowohl zu einer Anordnung (DuldungsVA) als auch zu tatsächlichen Ausführungshandlungen
- (str., inwieweit Vollstreckungshandlungen „gegen“ den Störerwillen gedeckt sind; abhängig vom Wortlaut der StandardM bzw. der Grundrechtsintensität)
- Bsp.: § 35 PolG NRW (Gewahrsam) enthält Vollstreckungselemente

Finaler Rettungsschuss

Denkbar auf Bundes- und auf Landesebene

- **MA 1:** Schusswaffengebrauch gegen Personen grds. hinreichend, da Tötung intensivste Form, jemanden „angriffsunfähig“ zu machen
 - **MA 2:** § 32 StGB als EGL hinreichend, da dort auch Vollzugsbeamte erfasst
 - **HM:** allenfalls durch ausdrückliche Regelung
 - >schwerster Grundrechtseingriff
 - >erfordert dezidierte Regelung durch Gesetz, soweit nicht verfassungswidrig
- >Regelung **gezielten Todesschusses:**
- Kein Verstoß gegen **Art. 102 GG** → präv. Todesschuss ist keine repressive Todesstrafe
 - Kein Verstoß gegen **Art. 2 II 1 GG** → zwar absoluter Wesenskern, aber obj. Bestimmung (d.h. iSd Gesamtheit aller Menschen); sonst Schranken des GR sinnlos
 - Kein Verstoß gegen **Art. 1 I GG** → Objektformel (Art der Tötung müsste entwürdigend sein; nicht Schuss zum Schutz anderer Leben, da Art. 1 I GG nach HM auch subj.)
 - Kein Verstoß gegen **Art. 2 EMRK** → lässt Tötung unter bestimmten Voraussetzungen zu

Termini Vollzug/Vollziehung/Vollstreckung

Sofortige Vollziehbarkeit

- § 80 II VwGO

Gestrecktes Verfahren

- Vollstreckbarer VA vorhanden (gestrecktes Verfahren)
- Androhung, Festsetzung, Anwendung

Verkürztes Verfahren

- Vollstreckbarer VA vorhanden
- Aber: Androhung bzw. Festsetzung entbehrlich

Sofortvollzug (=sofortiger Vollzug)

- Kein vollstreckbarer VA vorhanden
- Aber: Androhung, Festsetzung entbehrlich

- **Achtung: unmittelbare Ausführung keine Vollstreckung (HM)!**
- **Achtung: Sofortvollzug ist Spezialfall des verkürzten Verfahrens**

Vollstreckung / Sofortmaßnahmen Bbg

Gestrecktes Verfahren (Vollstreckung)

- Zweistufig
- Vollstreckbarer Grund-VA erforderlich
- EGL:
 - >Bund: § 6 I VwVG
 - >Bbg: § 53 I, 54 PolG Bbg bzw. § 27 I 1 Bbg VwVG

Sofortiger Vollzug (Vollstreckung)

- Einstufig
- kein GrundVA erforderlich
- gegen den Willen des Pflichtigen
- analog auch „für“ den Betroffenen
- EGL:
 - >Bund: z.B. § 6 II VwVG
 - >Bbg: § 53 II PolG Bbg bzw. § 27 I 2 VwVG Bbg

Unmittelbare Ausführung

- Einstufig
- kein GrundVA erforderlich
- „für“ den Pflichtigen
- EGL:
 - >Bund: z.B. § 19 I BPolG
 - >Bbg: nicht vorgesehen („erst-Recht-Schluss“)

Vollstreckung / Sofortmaßnahmen Berlin

Gestrecktes Verfahren (Vollstreckung)

- Zweistufig
- Vollstreckbarer Grund-VA erforderlich
- RGI:
 - >Bund: § 6 I VwVG
 - >Berlin: § 6 I VwVG iVm § 5a S. 1 Bln VwVfG

Sofortiger Vollzug (Vollstreckung)

- Einstufig
- kein GrundVA erforderlich
- gegen den Willen des Pflichtigen
- ggf. analog auch „für“ den Betroffenen
- RGL:
 - >Bund: z.B. § 6 II VwVG
 - >Berlin: § 6 II VwVG iVm § 5a S. 1 Bln VwVfG

Unmittelbare Ausführung

- Einstufig
- kein GrundVA erforderlich
- „für“ den Pflichtigen
- RGL:
 - >Bund: z.B. § 19 BPolG
 - >Berlin: § 15 I ASOG

Vollstreckung / Sofortmaßnahmen Berlin

Gestrecktes Verfahren (Vollstreckung)

- Zweistufig
- Vollstreckbarer Grund-VA erforderlich
- RGI:
 - >Bund: § 6 I VwVG
 - >HH: § 3 VwVG

Sofortiger Vollzug (Vollstreckung)

- Einstufig
- kein GrundVA erforderlich
- gegen den Willen des Pflichtigen
- ggf. analog auch „für“ den Betroffenen
- RGL:
 - >Bund: z.B. § 6 II VwVG
 - >HH: nicht geregelt

Unmittelbare Ausführung

- Einstufig
- kein GrundVA erforderlich
- „für“ den Pflichtigen
- RGL:
 - >Bund: z.B. § 19 BPolG
 - >HH: § 7 I SOG

Vollstreckung und Sofortmaßnahmen Nds

Gestrecktes Verfahren (Vollstreckung)

- Zweistufig
- Vollstreckbarer Grund-VA erforderlich
- EGL:
 - >Bund: § 6 I VwVG
 - >Nds: § 64 I Nds. SOG

Sofortiger Vollzug (Vollstreckung)

- Einstufig
- kein GrundVA erforderlich
- gegen den Willen des Pflichtigen
- analog auch „für“ den Betroffenen
- EGL:
 - >Bund: z.B. § 6 II VwVG
 - >Nds: § 64 II Nds. SOG

Unmittelbare Ausführung

- Einstufig
- kein GrundVA erforderlich
- „für“ den Pflichtigen
- EGL:
 - >Bund: z.B. § 19 BPolG
 - >Nds: nicht vorgesehen

Vollstreckung und Sofortmaßnahmen NRW

Gestrecktes Verfahren (Vollstreckung)

- Zweistufig
- Vollstreckbarer GrundVA erforderlich
- EGL:
 - >Bund: § 6 I VwVG
 - >NRW: § 50 I, 51 I PolG NRW bzw. § 55 I, 57 I VwVG NW

Sofortiger Vollzug (Vollstreckung)

- Einstufig
- kein GrundVA erforderlich
- gegen den Willen des Pflichtigen
- analog auch „für“ den Betroffenen
- EGL:
 - >Bund: z.B. § 6 II VwVG
 - >NRW: § 50 II PolG NRW bzw. § 55 II VwVG NW

Unmittelbare Ausführung

- Einstufig
- kein GrundVA erforderlich
- „für“ den Pflichtigen
- EGL:
 - >Bund: z.B. § 19 BPolG
 - >NRW: nicht geregelt

Rechtsnatur Sofortmaßnahme

DuldungsVA (früher)

- Grund: früher nur Rechtsschutz gegen VA
- Anfechtungsklage

Immer Realakt (MA)

- Grund: oft nur tatsächliches Tun
- Allg. Leistungsklage

Einzelfall (HM)

- HM: einzelfallabhängig
- In Abwesenheit Realakt
- In Anwesenheit idR DuldungsVA
- Anfechtungsklage oder allg. Leistungsklage

Rechtsnatur Ersatzvornahme

DuldungsVA (früher)

- Grund: früher nur Rechtsschutz gegen VA
- Anfechtungsklage

Immer Realakt (HM)

- Grund: oft nur tatsächliches Tun, da Vollstreckungshandlung bzgl. eines VA nicht selbst VA darstellen kann
- Allg. Leistungsklage

Einzelfall (MA)

- einzelfallabhängig
- In Abwesenheit Realakt
- In Anwesenheit idR DuldungsVA
- Anfechtungsklage oder allg. Leistungsklage

Arten Ersatzvornahme Bbg

Selbstvornahme

Fremdvornahme

- Nur auf Landesebene Ersatzvornahme, nicht auf Bundesebene
- § 10 VwVG Bund
- § 32 I VwVG Bbg
- § 55 I 1 Bbg PolG

- Auf Bundes- und Landesebene Ersatzvornahme
- § 10 VwVG Bund
- § 32 I VwVG Bbg
- § 55 Bbg PolG

Arten Ersatzvornahme Berlin

Selbstvornahme

Fremdvornahme

- **Ersatzvornahme**, nicht auf Bundesebene, also nicht auf Landesebene (§ 5a Bln VwVfG)
- **§ 10 VwVG Bund**

- **Auf Bundes- und Landesebene Ersatzvornahme**
- **§ 10 VwVG Bund (§ 5a Bln VwVfG)**

Arten Ersatzvornahme HH

Selbstvornahme

Fremdvornahme

- Nur auf Landesebene Ersatzvornahme, nicht auf Bundesebene
- § 10 VwVG Bund
- § 13 I 1 Alt. 1 Hmb VwVG

- Auf Bundes- und Landesebene Ersatzvornahme
- § 10 VwVG Bund
- § 13 I 1 Alt. 2 Hmb VwVG

Arten Ersatzvornahme Nds

Selbstvornahme

Fremdvornahme

- Nur auf Landesebene Ersatzvornahme, nicht auf Bundesebene
- § 10 VwVG Bund
- § 66 I 1 Nds. SOG

- Auf Bundes- und Landesebene Ersatzvornahme
- § 10 VwVG Bund
- § 66 I 1 Nds. SOG

Arten Ersatzvornahme NRW

Selbstvornahme

Fremdvornahme

- **Nur auf Landesebene Ersatzvornahme**, nicht auf Bundesebene
- **§ 10 VwVG Bund**
- **§ 59 I VwVG NRW**
- **§ 52 I 1 PoIG NRW**

- **Auf Bundes- und Landesebene Ersatzvornahme**
- **§ 10 VwVG Bund**
- **§ 59 I VwVG NRW**
- **§ 52 I 1 PoIG NRW**

Abschleppfälle – Konstellationen (Bbg)

Umsetzen Kfz bei Nichtbeachtung eines **Verkehrszeichens (VA)**

→ RGL für **Umsetzen**: § 53 I, 54 I, 55 PolG Bbg bzw. § 3, 27 II Nr. 2, 32 VwVG Bbg (gestrecktes Verfahren)

→ RGL für **Kostenbescheid**: § 37 I 1 VwVG Bbg iVm § 55 I 2 PolG Bbg bzw. § 37 I 1 VwVG Bbg iVm § 11 II 2 Nr. 7 KO (P: RGL (Art. 20 III GG)? verfk. Auslgg?)

Umsetzen Kfz bei Nichtbeachtung **sonst. Vorschriften (kein VA)**

→ RGL für **Umsetzen**: § 53 II PolG Bbg bzw. § 27 I 2 VwVG Bbg (sofortiger Vollzug>„erst-recht“)

→ RGL für **Kostenbescheid**: § 37 I 1 VwVG Bbg iVm §§ 55 I 2, 53 II PolG Bbg bzw. iVm. § 27 I 2 VwVG Bbg (P: RGL (Art. 20 III GG)? verfk. Auslgg?)

Abschleppen Kfz (Verbringung) bei Nichtbeachtung eines **Verkehrszeichens (VA)**

→ RGL für **Abschleppen (ggf. § 23 Nr. 1 lit g OBG)**:
§ 25 PolG Bbg (Sicherstellung; str.)

→ RGL für **Kostenbescheid**:
§ 28 III 1 PolG Bbg

Abschleppen Kfz (Verbringung) bei Nichtbeachtung **sonstiger Rechtsvorschriften (kein VA)**

→ RGL für **Abschleppen (ggf. § 23 Nr. 1 lit g OBG)**:
§ 25 PolG Bbg (Sicherstellung)

→ RGL für **Kostenbescheid**:
§ 28 III 1 PolG Bbg

Abschleppfälle – Konstellationen (Berlin)

Umsetzen Kfz bei Nichtbeachtung eines Verkehrszeichens (VA)

→ RGL für **Umsetzen**: § 6 I VwVG iVm §§ 9 I lit. a, 10 VwVG iVm § 5a S. 1 VwVfG Bln (gestrecktes Verfahren)

→ RGL für **Kostenbescheid**: § 10 VwVG iVm §§ 19 I 1, 6 I, 9 I lit. a, 10 VwVG iVm § 5a S. 1 VwVfG Bln (P: RGL (Art. 20 III GG)? verfk. Auslgg?)

Umsetzen Kfz bei Nichtbeachtung sonst. Vorschriften (kein VA)

→ RGL für **Umsetzen**: § 15 I 1 ASOG (unmittelbare Ausführung) oder § 6 II VwVG iVm § 5a S. 1 VwVfG Bln (sofortiger Vollzug)

→ RGL **Kostenbescheid**: § 15 II 1 ASOG / § 10 VwVG iVm §§ 19 I 1, 6 II VwVG iVm § 5a S. 1 VwVfG Bln (P: RGL (Art. 20 III GG)? verfk. Auslgg?)

Abschleppen Kfz (Verbringung) bei Nichtbeachtung eines Verkehrszeichens (VA)

→ RGL für **Abschleppen**: § 38 ASOG (Sicherstellung; str.)

→ RGL für **Kostenbescheid**: § 41 III 1 ASOG

Abschleppen Kfz (Verbringung) bei Nichtbeachtung sonstiger Rechtsvorschriften (kein VA)

→ RGL für **Abschleppen**: § 38 ASOG (Sicherstellung)

→ RGL für **Kostenbescheid**: § 41 III 1 ASOG

Abschleppfälle – Konstellationen (Hamburg)

Umsetzen Kfz bei Nichtbeachtung eines **Verkehrszeichens (VA)**

→ RGL für **Umsetzen**: §§ 3 I, III, 11 I HmbVwVG (gestrecktes Verfahren)

→ RGL für **Kostenbescheid**: § 39 I 1, 2 HmbVwVG iVm § 13 II HmbVwVG iVm GebG bzw. § 40 Hmb VwVG iVm KostenO (P: RGL (Art. 20 III GG)? verfk. Auslgg?)

Umsetzen Kfz bei Nichtbeachtung **sonst. Vorschriften (kein VA)**

→ RGL für **Umsetzen**: § 7 I SOG (unmittelbare Ausführung)

→ RGL für **Kostenbescheid**: § 7 III SOG

Abschleppen Kfz (Verwahrplatz) bei Nichtbeachtung eines **Verkehrszeichens (VA)**

→ RGL für **Abschleppen**: § 14 I 1 SOG (Sicherst § 14 I 2 SOG; str., da nur Regelfall)

→ RGL für **Kostenbescheid**: § 14 III 3 SOG

Abschleppen Kfz bei Nichtbeachtung **sonstiger Rechtsvorschriften (kein VA)**

→ RGL für **Abschleppen**: § 14 I 1 SOG (Sicherst § 14 I 2 SOG)

→ RGL für **Kostenbescheid**: § 14 III 3 SOG

Abschleppfälle – Konstellationen (NRW)

Umsetzung Kfz bei Verkehrszeichen (VA)

- RGL für **Umsetzen**: § 50 I, 51 I, 52 PolG NRW bzw. § 55 I, 57 I, 59 VwVG NW (gestrecktes Verfahren)
- RGL für **Kostenbescheid**: § 77 I 1 VwVG NW iVm § 20 II Nr. 7 VOVwVG iVm § 52 I 2 PolG NRW bzw. § 59 I VwVG NW (P: RGL (Art. 20 III GG)? verfk. Auslgg?)

Abschleppen Kfz (Verbringung) Verkehrszeichen (VA)

- RGL **Abschleppen (§ 24 Nr. 13 OBG)**: RGI Kasten oben links und § 43 PolG NRW (Sicherstellung; str.)
- RGL **Kostenbescheid**: § 46 III 1 PolG NRW und RGI Kasten oben links (str.)

Umsetzung Kfz bei Nichtbeachtung sonst. Vorschriften (kein VA)

- RGL für **Umsetzen**: § 50 II PolG NRW bzw. § 55 II VwVG NW (sof. Vollz>„erst-recht“ bei unzm. Aufg)
- RGL für **Kostenbescheid**: § 77 I 1 VwVG NW iVm § 20 II Nr. 7 VOVwVG iVm §§ 50 II, 52 I 2 PolG NRW bzw. iVm. § 55 II VwVG NW (P: RGL (Art. 20 III GG)? verfk. Auslgg?)

Abschleppen Kfz (Verbringung) sonst. Vorschriften (kein VA)

- RGL **Abschleppen (§ 24 Nr. 13 OBG)**: RGI Kasten oben rechts und § 43 PolG NRW (Sicherstellung str.)
- RGL für **Kostenbescheid**: § 46 III 1 PolG NRW und RGI Kasten oben rechts (str. bzgl. unzm. Ausfg)

Abschleppfälle – Konstellationen abstrakt

Umsetzung Kfz bei Verkehrszeichen (VA)

- RGL für **Umsetzung**: Norm für gestrecktes Verfahren (ErsatzV als Zwangsmittel)
- RGL für **Kostenbescheid**: Kostengrundlage für gestrecktes Verfahren mit ErsatzV als Zwangsmittel

Umsetzung Kfz bei Nichtbeachtung sonst. Vorschriften (kein VA)

- RGL für **Umsetzung**: Norm für sof. Vollzug (ErsatzV als Zwangsmittel); sof. Vollz. auch „erst-recht“ falls unm. Aufg. nicht geregelt; umgekehrt grds. nicht mögl., falls nur unm. Aufg. im Gesetz); u.U. Norm für unm. Ausfg.
- RGL für **Kostenbescheid**: Kostengrundlage für sof. Vollzug mit ErsatzV als Zwangsmittel; u.U. Kostengrundlage unm. Ausfg.

Abschleppen Kfz (Verwahrplatz) Verkehrszeichen (VA)

- RGL **Abschleppen**: RGI Kasten oben links und RGI Sicherstellung (str., ob beides oder nur Sicherst.; z.T. im LandesR geregelt)
- RGL **Kostenbescheid**: Kostengrundlage Sicherst. und Kostengrundlage Kasten oben links (str.)

Abschleppen Kfz (Verwahrplatz) sonst. Vorschriften (kein VA)

- RGL **Abschleppen**: RGI Kasten oben rechts und RGI Sicherstellung (str., ob beides oder nur Sicherst.)
- RGL für **Kostenbescheid**: Kostengrundlage Sicherst. und RGI Kasten oben rechts (str. bzgl. unm. Ausfg)

Abschleppfälle – Konstellationen (Nds.)

<p>Umsetzen Kfz bei Nichtbeachtung eines Verkehrszeichens (VA)</p> <p>→ RGL für Umsetzen: § 64 I Nds. SOG (gestrecktes Verfahren)</p> <p>→ RGL für Kostenbescheid: § 66 I 2 Nds. SOG; str. (P: RGL (Art. 20 III GG)? verfk. Auslgg?)</p>	<p>Umsetzen Kfz bei Nichtbeachtung sonst. Vorschriften (kein VA)</p> <p>→ RGL für Umsetzen: § 64 II 1 Nds. SOG (sofortiger Vollzug>„erst-recht“)</p> <p>→ RGL für Kostenbescheid: § 66 I 2 Nds. SOG; str.</p>
<p>Abschleppen Kfz (Verbringung) bei Nichtbeachtung eines Verkehrszeichens (VA)</p> <p>→ RGL für Abschleppen: § 26 Nds. SOG (Sicherstellung; str.)</p> <p>→ RGL für Kostenbescheid: § 29 III 1 Nds. SOG</p>	<p>Abschleppen Kfz bei Nichtbeachtung sonstiger Rechtsvorschriften (kein VA)</p> <p>→ RGL für Abschleppen: § 26 Nds. SOG (Sicherstellung)</p> <p>→ RGL für Kostenbescheid: § 29 III 1 Nds. SOG</p>

Kostenbescheide POR Bbg

Kosten gestr./verk.
Verfahren;
§ 37 I 1 VwVG Bbg
iVm § 3 VwVG Bbg
(ggf. § 55 I 2 PolG
Bbg); (P: RGL (Art. 20
III GG)? verk.
Auslegung?) iVm § 11
II 2 Nr. 7, 8 KO

Kosten unmittelbare
Ausführung
(Sofortmaßnahme); nicht
geregelt (siehe SofortM iÜ)

Kosten Sicherstellung;
RGL § 28 III Bbg PolG
(ggf. iVm § 23 Nr. 1
lit g OBG)

Kosten Sofortmaßnahme iÜ
§ 37 I 1 VwVG Bbg iVm § 27 I
2 VwVG Bbg (ggf. iVm § 55 I 2
Bbg PolG); (P: RGL (Art. 20 III
GG)? verk. Auslegung?)

Kostenbescheide POR Berlin

Kosten gestr./verk.
Verfahren; § 10
VwVG iVm §§ 19
Abs. 1 S. 1, 6 Abs. 1,
9 lit. a, 10 VwVG iVm
§ 5a S. 1 VwVfG Bln
(P: RGL (Art. 20 III
GG)? verfk.
Auslegung?)

Kosten unmittelbare
Ausführung
(Sofortmaßnahme);
§ 15 Abs. 2 S. 1 ASOG

Kosten
Sicherstellung; RGL
§ 41 III 1 ASOG

Kosten sofortiger Vollzug
(Sofortmaßnahme); § 10
VwVG iVm §§ 19 Abs. 1 S. 1, 6
Abs. 2, 9 lit. a, 10 VwVG iVm
§ 5a S. 1 VwVfG Bln

Kostenbescheide POR Hamburg

Kosten gestr./verk.
Verfahren; RGL § 39 I
1, 2 HmbVwVG iVm
§ 13 II HmbVwVG
GebG bzw. § 40 Hmb
VwVG iVm KostenO (P:
(Art. 20 III GG)? verfk.
Auslegung bzgl.
Rechtsfolge?)

Kosten unmittelbare
Ausführung
(Sofortmaßnahme);
§ 7 III 1 SOG

Kosten Sicherstellung;
str. (RGL § 14 III 3 SOG;
str., ob hinreichend
bestimmt, so dass VA-
Befugnis; ZBR nach § 14
III 5 SOG bzw. §§ 35, 36,
30 I lit. a, II, 1 lit. b, 77
VwVG iVm VKO)

Kosten sofortiger Vollzug
(Sofortmaßnahme); Sofortiger
Vollzug in Hamburg nicht
vorgesehen (nicht § 27 VwVG),
da VA erforderlich

Kostenbescheide POR Nds.

Kosten gestr./verk.
Verfahren; RGL
§ 66 I 2 Nds. SOG
(P: (Art. 20 III
GG)? verfk.
Auslegung bzgl.
Rechtsfolge?)

Kosten
Sicherstellung; RGL
§ 29 III 1 Nds. SOG

Kosten unmittelbare
Ausführung
(Sofortmaßnahme); in
Nds. nicht geregelt

Kosten sofortiger Vollzug
(Sofortmaßnahme); RGL § 66 I
2 Nds. SOG

Kostenbescheide POR NRW

Kosten gestr./verk.
Verfahren; §§ 77 I 1
VwVG NW, 20 II 1 Nr. 7
VOVwVG iVm § 52 I 2
PolG NRW bzw. § 59 I
VwVG NW (P: RGL
(Art. 20 III GG)? verfk.
Auslegung?)

Kosten unmittelbare
Ausführung
(Sofortmaßnahme); in
NRW nicht geregelt

Kosten
Sicherstellung; RGL
§ 46 III 1 PolG NRW

Kosten sofortiger Vollzug
(Sofortmaßnahme); RGL §§ 77
I 1 VwVG NW, 20 II 1 Nr. 7
VOVwVG iVm §§ 50 II, 52 I 2
PolG NRW bzw. iVm. § 55 II
VwVG NW

Ersatz gestrecktes Verfahren

I. Anspruchsgrundlage (Sekundärebene)

II. Voraussetzungen (Sekundärebene)

1.) Formell

2.) Materiell (rechtmäßige bzw. rechtswidrige Amtshandlung; Adressat)

a) Rechtsgrundlage (Primärebene)

b) Voraussetzungen (Primärebene)

aa) formell

bb) materiell

(1) Vollstreckbarer GrundVA (RM str.)

(2) Art und Weise der Vollstreckung (Androhung / Festsetzung / Anwendung)

(3) Kein Vollstreckungshindernis

c) Rechtsfolge (Primärebene)

str., ob Rm GrundVA relevant

III. Rechtsfolge (Sekundärebene)

str., ob Rm GrundVA relevant

Kostenbescheid Sofortmaßnahme

I. Rechtsgrundlage (Sekundärebene)

II. Voraussetzungen (Sekundärebene)

1. Formell

2. Materiell (Amtshandlung/Kostenansatz)

a) Rechtsgrundlage (Primärebene)

b) Voraussetzungen (Primärebene)

aa) Formell

bb) Materiell

(1) Hypothetische Maßnahme

**(2) Art und Weise der Sofortmaßnahme
(Anwendung)**

(3) Kein Vollstreckungshindernis

c) Rechtsfolge (Primärebene)

III. Rechtsfolge (Sekundärebene)

Problem: verfassungskonforme Auslegung bzgl. Reduktion des Ermessens

Kostenbescheid im gestreckten Verfahren

I. Rechtsgrundlage (Sekundärebene)

II. Voraussetzungen (Sekundärebene)

1.) Formell

2.) Materiell (Amtshandlung/Kostenansatz)

a) Rechtsgrundlage (Primärebene)

b) Voraussetzungen (Primärebene)

aa) Formell

bb) Materiell

aa) Vollstreckbarer GrundVA (RM str.)

bb) Art und Weise der Vollstreckung (Androhung / Festsetzung / Anwendung)

cc) Kein Vollstreckungshindernis

c) Rechtsfolge (Primärebene)

str., ob Rm GrundVA relevant

III. Rechtsfolge (Sekundärebene) str., ob Rm GrundVA relevant

Kostenbescheid sofortiger Vollzug

I. Anspruchsgrundlage (Sekundärebene)

II. Voraussetzung (Sekundärebene): Rechtmäßige Maßnahme

1. Rechtsgrundlage Zwangsmaßnahme

2. Voraussetzungen Zwangsmaßnahme

a) Formell

b) Materiell

aa) Rm hypothetischer VA

(1) RGL

(2) Voraussetzungen

(3) Rechtsfolge

bb) Eilbedürftigkeit

cc) Art und Weise der Vollstreckung (Androhung und Festsetzung entbehrlich / aber Anwen- dung)

dd) Kein Vollstreckungshindernis

3. Rechtsfolge Zwangsmaßnahme

III. Anspruchsinhalt

Ersatzanspruch sofortiger Vollzug

I. Anspruchsgrundlage (Sekundärebene)

II. Voraussetzung (Sekundärebene): Rechtswidrige Maßnahme

1. Rechtsgrundlage Zwangsmaßnahme

2. Voraussetzungen Zwangsmaßnahme

a) Formell

b) Materiell

aa) Rm hypothetischer VA

(1) RGL

(2) Voraussetzungen

(3) Rechtsfolge

bb) Eilbedürftigkeit

cc) Art und Weise der Vollstreckung (An- drohung und Festsetzung entbehrlich / aber Anwendung)

d) Kein Vollstreckungshindernis

3. Rechtsfolge Zwangsmaßnahme

III. Anspruchsinhalt

Rechtsschutz (HSache) bzgl. Teilen der Vollstreckung

Androhung

Festsetzung

Anwendung

- **idR VA** (vgl. Folie Androhung)
- **regelmäßig Anfechtungsklage**

- **VA**
- **Anfechtungsklage**

- **HM: Realakt** (früher DuldungsVA, da noch kein Rechtsschutz gegen Realakte)
- **regelmäßig allg. Leistungsklage**

Androhung Bbg

§ 28 I VwVG
59 I PolG



VA (Form)

§ 13 I 1 VwVG
(Bund)



VA (Form)

§ 64 I PolG
PolG Bbg



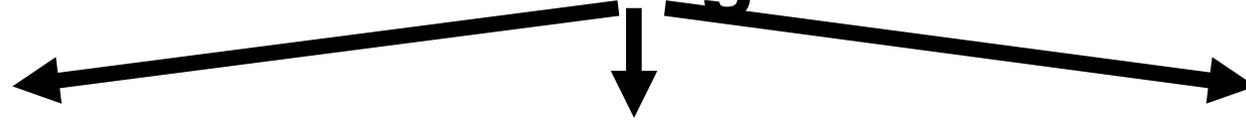
VA (h.M.)

str.

Neben

§ 59 I PolG Bbg

Androhung Berlin



**§ 5a BlnVwVfG § 13 I 1 VwVG § 10 UZwG
iVm § 13 I VwVG (Bund) Bln**



VA (Form)

VA (Form)

VA (h.M.)

str.:

Neben

§ 5a BlnVwVfG iVm § 13 I VwVG

Androhung

§ 8 I Hmb
VwVG



Hinweis

§ 13 I 1 VwVG
(Bund)



VA (Form und
Regelung)

§ 22
SOG



VA (h.M.)
str.
Neben

§ 8 I Hmb VwVG

Androhung Nds.

§ 70 I 1
Nds. SOG



VA (Form)

§ 13 I 1 VwVG
(Bund)



VA (Form)

§ 74 I 1
Nds. SOG

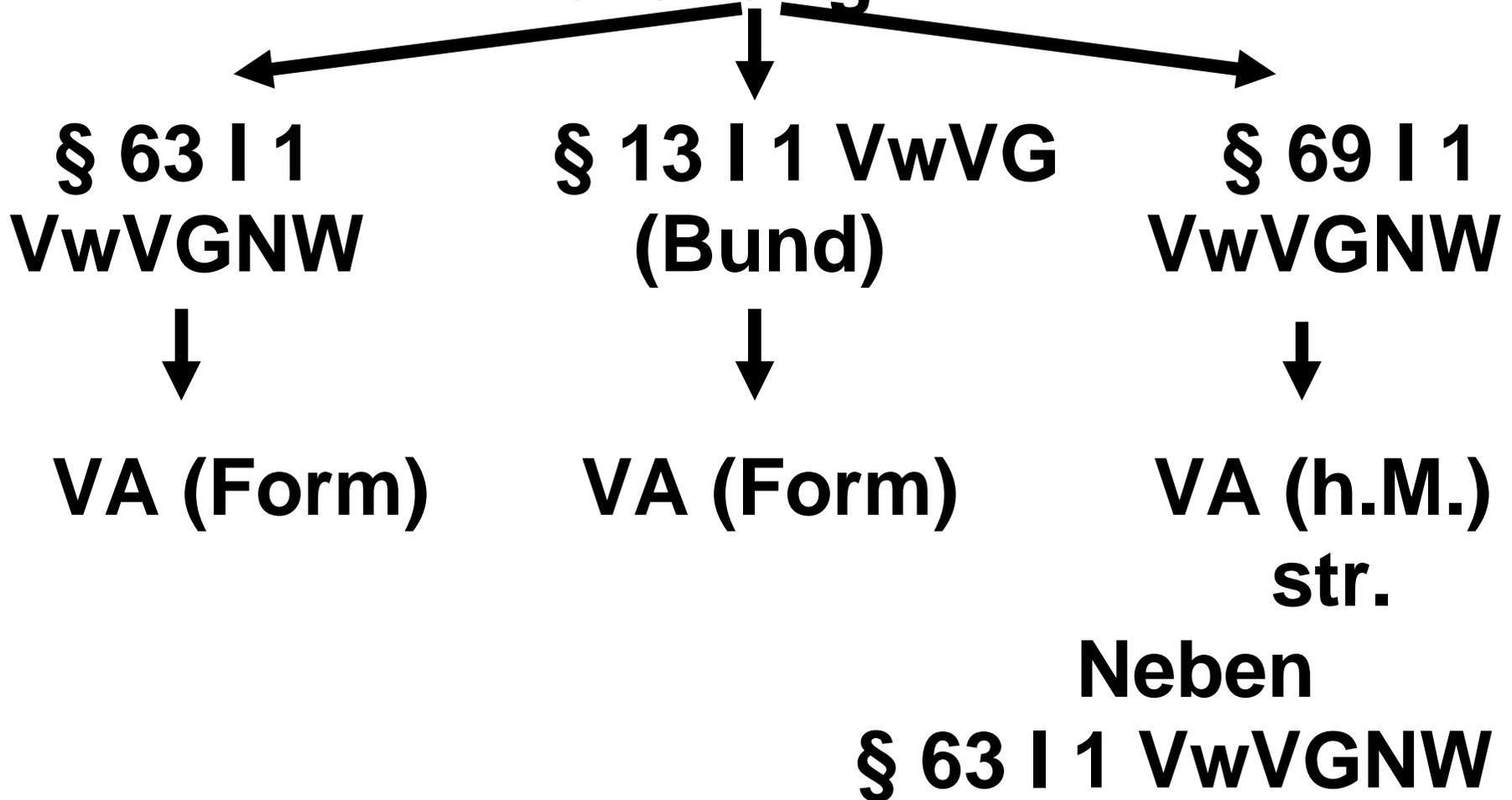


VA (h.M.)
str.

Neben

§ 70 I 1 Nds. SOG

Androhung NRW



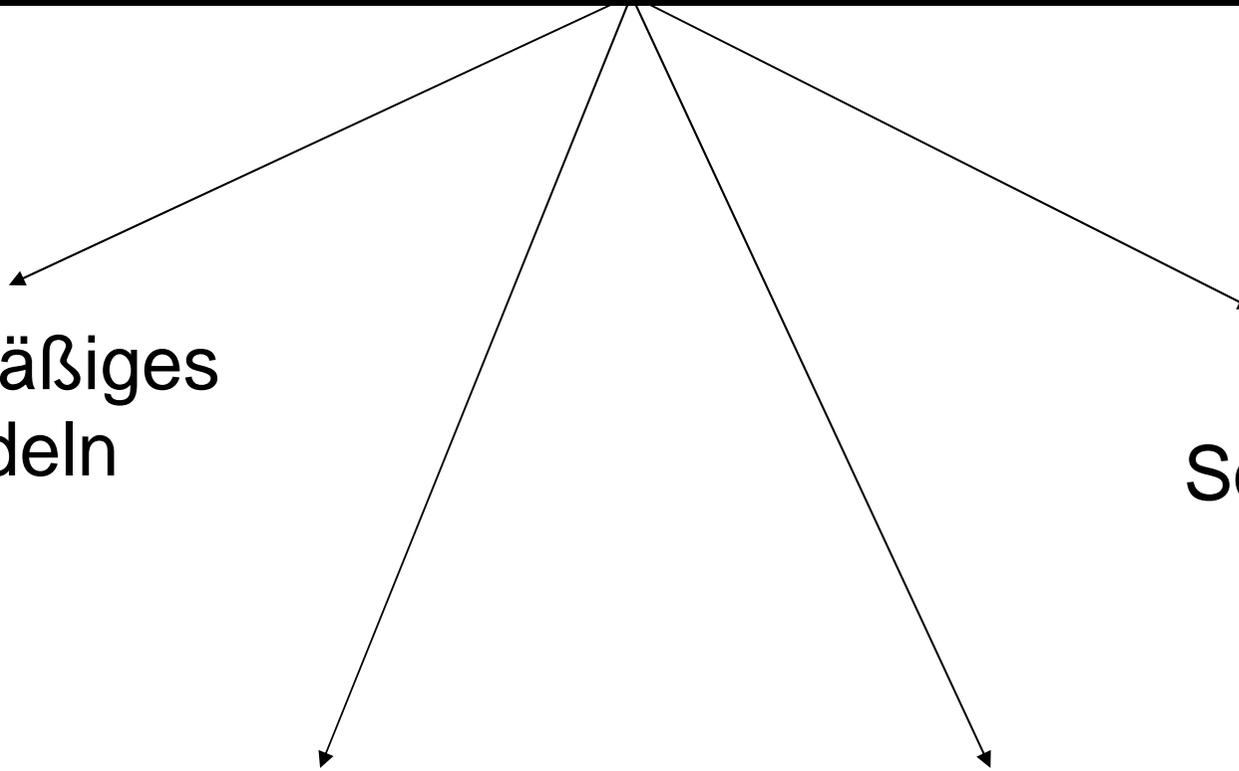
Amtspflichten (Bundes- und Landesebene)

Rechtmäßiges
Handeln

Gehorsam

Besondere Sorgfaltspflichten

Allgemeine
Sorgfaltspflichten
(treffen jeden)



ÖR Hausrecht (HR)

MA

- Benutzer, Mitglieder: ÖR
- Besucher: je nach Besuchszweck ö-r oder zivilrechtlich
- Kritik: Besucher darf nicht subj. bestimmen können, ob ö-r oder nicht (ggf. auch mehrere Zwecke; z.B. Ehemann bringt Ehefrau Kuchen und beantragt zugleich Passverlängerung)

HM: Rspr. & z.T. Lit.

- Zweck des Verbotes (ungestörte Erfüllung ö-r Aufgaben ö-r; Anknüpfung an Widmung)
- Außerhalb der Widmung privatrechtlich
- Wichtig: Zweck des Gebäudes maßgeblich

Problem bei ÖR

- RGI erforderlich, wenn ö-r?
- Geschriebene HR regelmäßig nur fiskalisch, so dass § 1004 BGB überlagert (Vgl. Art. 40 II 1 GG; MA: sogar nur Zuständigkeit)
- Daher: General Klausel, Annex (Annex str., da Art. 20 III GG; kein VA, aber ähnlich BGB-Verbot Natur der Sache im ÖR)

Versammlungsfreiheit gem. Art. 8 I GG

Umfang der Gewährleistung

- Persönlicher Schutzbereich:
DeutschenGR
- Friedlich und ohne Waffen
- Veranstaltung von Versammlungen
- Teilnahme an Versammlungen;
wichtig: geschützt ist auch, wer dem Versammlungsgegenstand kritisch gegenübersteht und das kundgeben will
- SelbstbestimmungsR (Art, Ort, Zeit der Versammlung)
- Anreise zum und Abreise vom Versammlungsort (P: Auflösung)

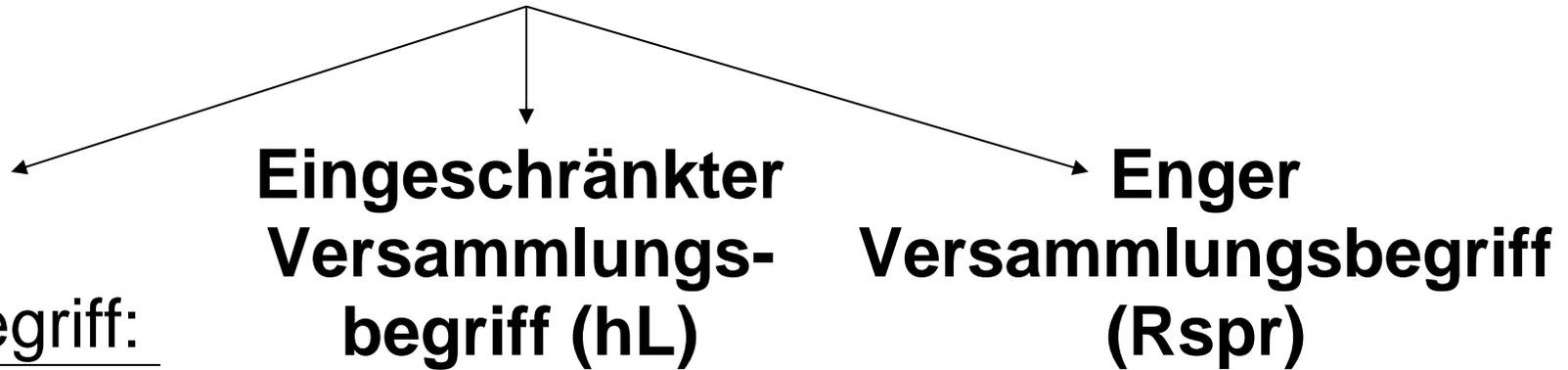
Schranken

- Versammlungen **unter freiem Himmel**: einfach einschränkender Gesetzesvorbehalt (Art. 8 II GG); Gründe:
 1. größere Gefahr für Rechte/Rechtsgüter Dritter oder der Allgemeinheit
 2. Größerer Regelungs- und Koordinationsbedarf zur ungestörten Ausübung des Versammlungsrechts
- Versammlungen **in geschlossenen Räumen**: nur **verfassungsimmanente** Schranken

Versammlungsbegriff (hist. Entwicklung)

Mehrere Personen:

- hM: 2 (Nds: § 2 Nds VersG!)
- aA: 3 bzw. 7 (→ angelehnt an bürgerliches Vereinsrecht)



→ Jedes **bewusst gemeinsame Handeln**; z.B. auch gemeinsames Tanzen

→ **Gemeinsame Meinungsäußerung**

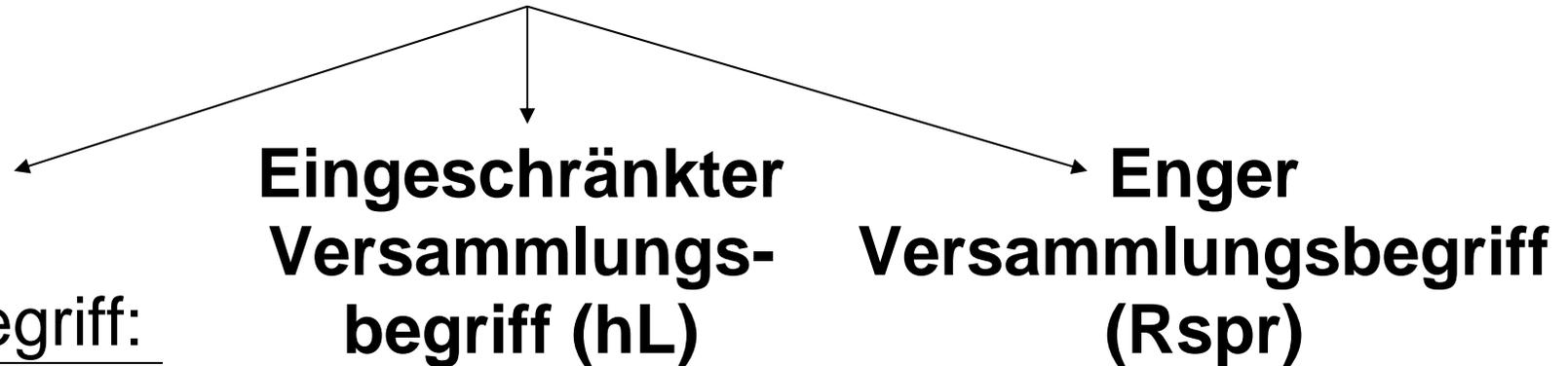
→ Gemeinsame Meinungsäußerung, die **öffentliche Anliegen** betrifft

Versammlungsbegriff



Mehrere Personen:

- hM: 2 reichen aus im LandesR idR definiert
- aA: 3 bzw. 7 (→ angelehnt an bürgerliches Vereinsrecht)



Weiter
Versammlungsbegriff:

→ Jedes **bewusst
gemeinsame Handeln**; z.B. auch ge-
meinsames Tanzen

Eingeschränkter
Versammlungs-
begriff (hL)

→ **Gemeinsame
Meinungsäuße-
rung**

Enger
Versammlungsbegriff
(Rspr)

→ Gemeinsame Mei-
nungsäußerung, die **öf-
fentliche Anliegen** be-
trifft

Art. 8 GG - VersG – allg. POR

Art. 8 GG

- Friedlich und ohne Waffen (enger als Nds VersG; § 1 Nds VersG keine Einschränkung)
- Öffentliche und nicht öffentliche Versammlungen
- Schützt auch Vorbereitung und Anfahrt
 - >insoweit allg. POR (zwar § 10 NSOG, jedoch NSOG ggf. auf Schutz von Verfassungsgütern begrenzen; verfassungskonforme Auslegung)
- Nach Auflösung der Versammlung allg. POR, während der Versammlung Sperrwirkung Nds VersG

Nds VersG

- Auch bei unfriedlichen Versammlungen anwendbar (weiter als Art. 8 GG)
- Gemäß § 1 Nds VersG nur öffentliche und nicht öffentliche Versammlungen

Art. 8 GG - VersG – allg. POR

Art. 8 GG

- Friedlich und ohne Waffen (enger als VersG)
- Öffentliche und nicht öffentliche Versammlungen (weiter als VersG)
- Schützt auch Vorbereitung und Anfahrt
>insoweit allg. POR (begrenzt auf Schutz von Verfassungsgütern; verfassungskonforme Auslegung)
- Nach Auflösung der Versammlung allg. POR, während der Versammlung Sperrwirkung VersG

VersG

- Auch bei unfriedlichen Versammlungen anwendbar (weiter als Art. 8 GG)
- Gemäß § 1 VersG nur öffentliche Versammlungen (enger als Art. 8 GG)
>dann nach HM keine analoge Anwendung des VersG, sondern allg. POR (Wesentlichkeitstheorie Art. 20 GG)

Anmeldepflicht (Anzeigespflicht: vgl. Art. 8 GG, so das § 14 verfassungsw) gem. § 14 VersG Bd – verfassungsk Auslegung

Keine Anmeldepflicht für **Spontanversammlungen**;
Grund: diese wären anderenfalls unmöglich (Verstoß gegen Art. 8 I GG)

Kürzere Anmeldefrist bei **EilVerS**

Bei **Großdemonstrationen**:

- Anmeldepflicht dient nicht primär der Behördeninformation, sondern der Kooperation zwischen Veranstaltern und Polizei
- Lässt sich kein einheitlicher Veranstalter ausmachen, reicht separate Anmeldung der einzelnen Gruppen

Anzeigepflicht (§ 5 Nds VersG – ggf. verfassungskonforme Auslegung)

Keine Anmeldepflicht für **Spontanversammlungen**;
Grund: diese wären anderenfalls unmöglich (Verstoß gegen Art. 8 I GG)

- § 5 Abs. 5 NVersG

Kürzere Anmeldefrist bei **EilVerS**

- 5 Abs. 4 NVersG

Bei **Großdemonstrationen**:

- Anmeldepflicht dient nicht primär der Behördeninformation, sondern der Kooperation zwischen Veranstaltern und Polizei
- Lässt sich kein einheitlicher Veranstalter ausmachen, reicht separate Anmeldung der einzelnen Gruppen
- verfassungskonforme Auslegung

Eingriffe bei öfftl. Versammlungen (freier Himmel) Bund

Präventive Eingriffe:

- Versammlungsverbot (§ 15 I, II VersG)
- Vorherige Auflagen (§ 15 I, II VersG)

→ Voraussetzung:
unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung

Repressive Eingriffe

- Auflösung (§ 15 III, IV VersG)
- Nachträgliche Auflagen; Ermächtigung str.: „Minusmaßnahme“ zu § 15 III VersG (HM); Rückgriff auf allg. Polizeirecht (General-klausel) unter Beachtung des Art. 8 GG
- MA ist systematisch kaum haltbar, da allg. POR nicht auf Art. 8 II GG abgestimmt
→ Voraussetzungen:
 - >Keine Anmeldung (verfasskonf Auslgg. bei SpontanVers)
 - >Abweichung von Angaben in der Anmeldung oder von Auflagen
 - >Unmittelbare Gefährdung öffentlicher Sicherheit oder Ordnung (P: öff. Ordnung)
 - >Versammlung verboten (Abs. 4)

Eingriffe bei öfftl. Versammlungen (freier Himmel)

Präventive Eingriffe:

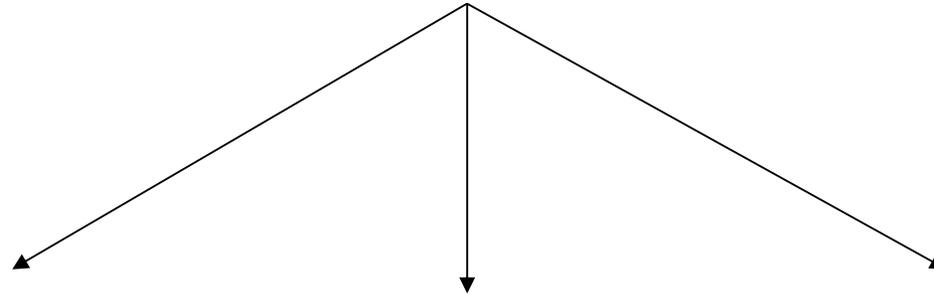
- Versammlungsverbot (§ 8 II 1 Nds VersG)
- Vorherige Auflagen (§ 8 I Nds VersG)

→ Voraussetzung:
unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung

Repressive Eingriffe

- Auflösung (§ 8 II 1, III Nds VersG)
- Nachträgliches Handeln: § 10 Nds VersG, iÜ „Minusmaßnahme“ zu § 8 II 1 Nds VersG (HM); Rückgriff auf allg. Polizeirecht (MA) unter Beachtung des Art. 8 GG
- MA ist systematisch kaum haltbar, da allg. POR nicht auf Art. 8 II GG abgestimmt, zumal in § 8 II 2 Nds VersG begrenzt
→ Voraussetzungen: § 10 Nds VersG
iÜ: (ggf. Minus)Maßnahmen wenn
>Keine Anmeldung (verfasskonf Auslgg. bei SpontanVers)
>Abweichung von Angaben in der Anmeldung oder von Auflagen
>Versammlungsverbot (§ 8 II 2 Nds VersG)

Zeichen der StVO als VA



Gefahrenzeichen
iSd § 40 StVO
„mahnen“ (keine
Regelung>kein VA)

Vorschriftszeichen
iSd § 41 StVO
enthalten Ge-
/Verbote
(Regelung>VA)

Richtzeichen
iSd § 42 StVO
können
Anordnungen
enthalten
(Auslegung, ob
Regelung und
damit VA)